

## Kommunales Wahlrecht für Ausländer?

Diskussion im Haus zur Münze / Doppelte Staatsbürgerschaft im Fokus

VON GERNOT KIRCH Eine hochinteressante Podiumsdiskussion zum Thema Ausländerwahlrecht fand am Mittwochabend im Haus zu Münze statt.

Der Leiter des Diakonischen Werks, Hennig Merker, eröffnete die Diskussion und forderte ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland wohnen, egal, ob Deutscher, EU-Bürger oder Ausländer aus einem Drittland. Bisher dürfen nur Deutsche und EU-Bürger wählen. So kann es passieren, dass ein Türke, der seit 30 Jahren in Worms wohnt, hier Steuern zahlt und Deutsch spricht, nicht abstimmen darf, ein Spanier, der erst seit kurzem in Worms wohnt, aber sehr wohl.

Hennig Merker sagte dazu: „Wohn- und Wahlbevölkerung müssen identisch sein. Dies ist aber immer weniger der Fall. Denn zwei Drittel der in Deutschland lebenden Ausländer sind von den Kommunalwahlen ausgeschlossen (etwa 5 Millionen Menschen, Anm. d. Red.). Dies ist nicht länger hinnehmbar. Und auch nicht, dass es durch das Kommunalwahlrecht zwei Klassen von Ausländern gibt, die EU-Bürger und die aus sogenannten Drittländern.“

Weiter führte er aus, dass es bei Kommunalwahlen um das direkte Umfeld der Menschen ginge, also um Schulen, Straßen und kulturelle Einrichtungen. Und für sol-

che Entscheidungen sei die Nationalität vollkommen nebensächlich. Abschließend wies er daraufhin, dass es in meisten der 27 EU-Mitgliedsländern bereits ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer gäbe.

Klaus Hagemann, Bundestagsabgeordneter der SPD, unterstützte diese Forderung, ebenso wie der Grünen-Politiker Daniel Köbler aus Mainz.

Adolf Kessel, Ortsvorsteher und CDU-Politiker widersprach dem. Er erläuterte, dass es zwei Varianten gäbe, entweder man würde das kommunale Wahlrecht für Ausländer einführen oder die Ausländer würden die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Und als deutsche Staatsbürger könnten sie selbstverständlich wählen. Die CDU plädiere für letztgenannte Variante. Und dies auch, weil man dadurch einen Anreiz schaffe Deutscher zu werden.

Nach dieser Aussage drehte sich die Diskussion verstärkt um das Thema Einbürgerung. Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat wies daraufhin, dass die Einbürgerungsquote in Deutschland seit Einführung der Einbürgerungstests dramatisch gesunken sei. Inzwischen sei man bezüglich der Einbürgerungen Schlusslicht in der EU. Deutschland habe mittlerweile sogar die Zahl von 100.000 Einbürgerungen pro Jahr unterschritten.

Aber noch schlimmer sei, so Torsten Jäger, dass Deutschland inzwischen sogar die Ausbürgerungsmaschine angeworfen habe, weil man doppelte Staatsbürgerschaften nicht mehr anerkenne. Klaus Hagemann (SPD) und Daniel Köbler (Grüne) sprachen sich dafür aus, die doppelte Staatsbürgerschaft wieder anzuerkennen. Und dies alleine schon deswegen, um einen jungen Menschen von 20 Jahren nicht zu zwingen, zwischen seinen zwei Heimatländern wählen zu müssen.

Adolf Kessel (CDU) räumte ein, dass man über die doppelte Staatsbürgerschaft noch einmal nachdenken müsse. Er könne sich durchaus vorstellen, dass man sie wieder zulasse.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion rückte das Thema in den Fokus, wovor die Deutschen bezüglich des kommunalen Wahlrechts für Ausländer und der doppelten Staatsbürgerschaft eigentlich Angst hätten. Ein Aspekt, der dabei genannt wurde, war, dass es nicht nur um das aktive, sondern auch um das passive Wahlrecht ginge. Hintergrund sei, dass viele Deutsche wohl befürchten würden, dass islamistische Parteien bei Wahlen antreten und beachtliche Ergebnisse einfahren könnten. In diesem Zusammenhang fiel aus dem Publikum auch das Schlagwort „Parallelgesellschaften“.